"DER COURIER"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada $2.50
to foreign countries $3.50
If paid in advance:—
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier
und Der Herold == Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00
für Ausland $3.50

25. Jahrgang. 12 Seiten. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 20. Juli 1932. 12 Seiten. Nr. 37.

Premier R. B. Bennett beleidigt die canadischen Farmer

Lehnt Teilnahme an Farmer-Versammlung in Ottawa ab

Massenkundgebung, veranstaltet von den „Vereinigten Farmern von Ontario", entrüstet über das Verhalten des canadischen Premierministers.

Allgemeine Erregung macht sich in Protestrufen, Schmähungen und spöttischen Bemerkungen über den so sehr beschäftigten Herrn R. B. Bennett und seine Minister Luft.

Ottawa, 17. Juli. — Auf Betreiben der „Vereinigten Farmer von Ontario" strömten Tausende von canadischen Landwirten nach Ottawa, um hier sich auf gewisse Vorschläge zu einigen, die der britischen Reichswirtschaftskonferenz in Ottawa unterbreitet werden sollen. Die Zahl der hier versammelten Farmer wird von manchen auf 2000, von anderen sogar auf 4000 geschätzt. Auf Eisenbahnzügen, in Automobilen und allen sonst nur erdenklichen Fahrzeugen kamen sie in die canadische Landeshauptstadt.

Die meisten Teilnehmer an der großen Farmerdemonstration

stammten wohl aus Ontario, doch war auch die Provinz Quebec zahlreich vertreten, während aus dem weitentfernten Westen nur wenige Vertreter sich eingefunden hatten. Nicht nur männliche Personen, sondern auch Frauen und Kinder erschienen, alle beseelt von dem einen Wunsch, der bevorstehenden Britenkonferenz durch Vermittlung der canadischen Regierung ihre Forderungen recht klar zum Bewußtsein zu bringen.

Am Samstag morgen um 10 Uhr versammelten sich die Farmer im Pferde-Ausstellungs-Gebäude und hörten hier zwei Stunden lang geduldig den Rednern zu. Die Verhandlungen verliefen in aller Ruhe. Inzwischen wurde eine Abordnung, zu der auch sechs Parlamentsabgeordnete gehörten, zu Premier R. B. Bennett geschickt, um ihn höflichst einzuladen, sich auf 10 Minuten zu den Farmern zu begeben, um mit ihnen die wichtigsten Fragen kurz zu besprechen. An der Spitze der Abordnung stand N. E. Lindsay, der Direktor der „United Farmers' Co-operative Company". Als er mit der Abordnung zurückkehrte,

erstattete Lindsay folgenden Bericht:

„Premier Bennett erklärte, seine Zeit sei bis Mitternacht so in Anspruch genommen, daß er nicht in der Farmerversammlung erscheinen könne."

Da brach ein gewaltiger Aufruhr in der Menge aus. Protestrufe, Schmähungen und spöttische Bemerkungen flogen durch die große Halle.

Lindsay fuhr fort: „Ich ersuchte nur um zehn Minuten Beteiligung an der Massenversammlung und sagte Herrn Bennett, die Versammlung sei ernsthaft bemüht, eine Lösung für die sehr ernsten Probleme der Farmwirtschaft zu finden. Der Premierminister antwortete, er habe Lord Rothermere zu treffen, mit dem er schon vor Wochen auf telegraphischem Wege eine diesbezügliche Vereinbarung getroffen habe. Herr Bennett sagte, damit sei die Sache für ihn erledigt. Ich fragte ihn, ob nicht einige von seinen Kabinettsmitgliedern kommen und zur Versammlung sprechen könnten, worauf er antwortete: Meine Minister sind beschäftigt."

Wiederum brach ein Tumult in der Farmerversammlung aus.

Die Abgeordnete Frl. Agnes McPhail ergriff das Wort zu folgen den Bemerkungen: „Premierminister Bennett hat schon einige politische Schnitzer begangen, aber dies ist der größte. Es kommt mir direkt lächerlich vor, wenn ein Premierminister erklärt, es sei ihm wichtiger, eine einzelne Persönlichkeit zu empfangen als zu einer Versammlung wie dieser zu erscheinen."

Als zwei konservative Abgeordnete, die der Farmerversammlung beiwohnten, das Verhalten des Premier Bennett zu entschuldigen such-

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Irische Treueidsverweigerungsvorlage abgetan.

Dublin. — Nach heißen Debatten lehnte der irische Landtag mit 71 gegen 61 Stimmen seine Zustimmung zu der vom Senat der Regierungsvorlage gegebenen Abfassung des Treueides zu der britischen Krone ab.

Die Folge ist, daß keine Vorlage hierüber vor 18 Monaten wieder angenommen werden kann, es sei denn, es finden zuvor allgemeine Wahlen im Freistaat statt.

Verbot aller Straßendemonstrationen.

Ende letzter Woche wieder 15 Personen getötet und viele verwundet

Berlin, 18. Juli. — Die deutsche Reichsregierung hat heute eine Verordnung erlassen, derzufolge alle Demonstrationen unter freiem Himmel verboten sind. Diese Verordnung ist eine Folge der blutigen Ausschreitungen, die seit der Aufhebung des Uniformverbotes besonders in zahlreichen norddeutschen Städten sich täglich ereignen. Ende letzter Woche sind auf diese Weise ungefähr 15 Personen umgekommen und viele verletzt worden. Die schlimmsten Zusammenstöße trugen sich in Altona, Greifswald, Leipzig, Hannover, Chemnitz, Barmen, Gladbach, Remscheid, Bochum, Detmold und Wismar zu.

In Zukunft wird in schärfster Form gegen alle Links- oder Rechtsradikalen vorgegangen werden, die sich an blutigen Parteikämpfen beteiligen. Die Polizei wird rücksichtslos von ihren Schußwaffen Gebrauch machen und erhält das Recht, jeden standrechtlich zu erschießen, der mit Schußwaffen oder Explosivstoffen angetroffen wird.

Neue englisch-französische Entente?

Auch eine Frucht der Lausanner Reparationskonferenz?

London. — Der Wortlaut des Abkommens zwischen Großbritannien und Frankreich, wie er im Unterhause von dem britischen Außenminister Sir John Simon bekannt gegeben wurde, ist der folgende:

„Gemäß dem Geiste der Völkerbundsatzung gedenken Seiner Majestät Regierung des Vereinigten Königreichs und die französische Regierung mit einander in vollkommenem Freimut über zu ihrer Kenntnis kommenden Fragen ähnlichen Ursprungs wie diejenigen, welche jetzt in Lausanne so glücklich beigelegt worden sind und welche das europäische Regime berühren, ihre Meinungen auszutauschen und sich darüber gegenseitig informiert zu halten.

„Es wird indessen die Hoffnung gehegt, daß sich auch andere Regierungen ihnen bei diesem Verfahren anschließen werden.

„Sie beabsichtigen, mit anderen Delegationen in Genf zusammenzuarbeiten, um eine Lösung der Abrüstungsfrage zu finden, welche für alle beteiligten Mächte ersprießlich und recht und billig sein wird.

„Miteinander und mit anderen interessierten Regierungen werden sie bei einer sorgfältigen und praktischen Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz zusammenarbeiten.

„Bis zu einer späteren Verhandlung über einen neuen Handelsvertrag zwischen ihren beiden Ländern werden sie irgendwelche Handlung vermeiden, die den Charakter einer Diskriminierung des einen Landes gegen die Interessen des andern tragen würde."

Berlin bitter enttäuscht.

Berlin. — In amtlichen Berliner Kreisen wird das geheime Abkommen zwischen den Engländern und Franzosen, das man hier treffend das „Ungentlemanly Gentlemans Agreement" genannt hat, höchst schmerzlich empfunden. Die dazugekommene Enttäuschung der anglo-französischen Konsultativpakes wird hier dahin ausgelegt, daß er die deutschen Bemühungen zu schanden macht, die darauf gerichtet sind, eine Erledigung der Reparationsfrage unabhängig von den Kriegsschulden der früheren Alliierten herbeizuführen.

Hitler als Reichskanzler angekündigt.

Pirmasens, Pfalz. — Gregor Strasser, einer der Unterführer Adolf Hitlers, behauptete hier in einer Wahlrede, nach den Reichstagswahlen am 31. Juli werde sein Chef auf den Reichskanzlerstuhl berufen werden. „Wir werden der Welt zeigen", rief er aus, „daß eine Regierung ohne die Nationalsozialisten unmöglich ist. Hitler aber wird sich als Reichskanzler des Vertrauens des ganzen Volkes erfreuen, etwas, was von dem derzeitigen Kanzler und seinem schwachen Reichsinnenminister nicht gesagt werden kann."

Kredite für Ungarn und Oesterreich erneuert.

Basel. — Die Weltbank erneuerte den am 16. Juli fälligen österreichischen Kredit von 90,000,000 Schillingen (rund $12,600,000) den jugoslawischen Kredit von $10,000,000 (fällig am 28. Juli) und den ungarischen Kredit von $20,000,000, fällig am 18. Juli. Die Verlängerungen erstrecken sich auf je drei Monate.

Zollkrieg zwischen Irland und England

Vergeltungsmaßnahme vom irischen Parlament angenommen.

Dublin. — Zollkrieg zwischen Britannien und Irland steht unmittelbar bevor. Als dringliche Vergeltungsmaßnahme für die Zölle, welche die britische Regierung gegen die Importe aus Irland verhängt hat, wurde dem Dail eine Regierungsvorlage unterbreitet und zur Annahme gebracht, welche neue Zölle auf alle diejenigen aus Britannien nach Irland exportierten Waren legen wird, die auch aus anderen Ländern bezogen werden könnten.

Die britischen Strafzölle für Importe aus Irland — 20-prozentige Wertzölle —, welche auferlegt wurden, um Irland für Nichtablieferung der irländischen Jahreszahlungen nach England zu bestrafen, traten bereits am Montag in Kraft.

Die kommenden irländischen Vergeltungszölle kündigte Präsident de Valera im Dail ganz beiläufig an, was die dramatische Wirkung dieser Androhung noch gewaltig erhöhte. Er überließ es dem Abgeordneten Coren, einem seiner Anhänger aus der Bauernpartei, in einer leidenschaftlichen Rede gegen England zu wettern.

„Irland will nicht länger Englands Küchengarten bleiben," rief Coren aus. „Wenn England Kampf will, kann es Kampf haben!"

William F. Cosgrave, der Amtsvorgänger de Valeras im Posten des Präsidenten des Freistaats Irland, fand die geschaffene Lage „niederschmetternd." Ernest Blythe, der unter Cosgrave Finanzminister gewesen war, bekam förmlich um eine ausführliche Mitteilung de Valeras in der Angelegenheit.

„Unser Land mag zum Bankerott und sozialen Chaos getrieben werden," warnte er.

Arbeitslose zum Aeußersten bereit.

Weimar, Deutschland. — Eine große Menge von Arbeitslosen, die über die neue Kürzung der Arbeitslosenunterstützung in Verzweiflung geraten waren, stürzten sich auf Oberbürgermeister Heinrich Müller und verprügelten ihn. Dann wurde die Einrichtung des städtischen Wohlfahrtsamtes zertrümmert.

Attentatsversuch einer ägyptischen Prinzessin.

Paris. — Die ägyptische Prinzessin Samyak Mansour, dem Vernehmen nach eine Verwandte des Königs Fuad, verwundete den Pariser Grundeigentums-Agenten Rene Leger leicht durch einen Revolverschuß und machte dann einen angeblichen Selbstmordversuch.

Wie die Polizei angab, hatte Leger einen seiner Angestellten namens Raymond Stephanie, welcher der Busenfreund der Prinzessin ist, die Stellung gekündigt, was die Prinzessin zu dem Attentatsversuch veranlaßt hat.

Deutschland zum Beitritt eingeladen

Berlin hat starke Bedenken gegen englisch-französischen Vertrauenspakt.

Berlin. — Das Deutsche Auswärtige Amt gab bekannt, es habe eine Einladung erhalten, dem Vertrauenspakt Frankreichs mit England beizutreten.

Ueber die Haltung des deutschen Reichsministeriums diesem Abkommen gegenüber hat die halbamtliche „Diplomatische Korrespondenz" das Folgende zu sagen:

„Bevor wir dem Pakt beitreten, müssen wir Zusicherungen erhalten, daß seine, zum Teil unklaren Ziele keinesfalls soweit ausgedehnt werden dürfen, daß sie die Bildung einer Einheitsfront gegen die Vereinigten Staaten, gegen Rußland oder gegen andere Mächte einbegreifen, und daß er zu keiner Beseitigung der deutschen Rechtsansprüche, welche wir in Lausanne vertreten haben, oder gar zu einem Verzicht auf sie führen darf."

Die ganze deutsche Presse steht dem Pakt skeptisch gegenüber, namentlich die rechts eingestellten Zeitungen; selbst der „Vorwärts", das Organ der deutschen Sozialdemokraten, fragt ironisch, ob das einzige politische Ergebnis der Konferenz von Lausanne die Ablehnung der politischen Forderungen gewesen sei, welche der Reichskanzler von Papen gestellt habe.

Zwei amtliche britische Erklärungen.

London. — Um den in den Ver. Staaten erweckten Eindruck wegzuwischen, daß in Europa ein abgekartetes Spiel getrieben werde, die Schulden in Amerika loszuwerden, erließ die britische Regierung zwei amtliche Erklärungen. In der einen stellte die Regierung in Abrede, daß Großbritanien sich in dem neuen Abkommen mit Frankreich verpflichtet habe, mit den Vereinigten Staaten in keine Unterhandlungen wegen einer individuellen Neuregelung der britischen Kriegsschuldenbezahlung einzutreten. In der anderen Erklärung wird das bereits erfolgte Dementi der Meldung erneuert und verstärkt, daß Vertreter der Vereinigten Staaten bezüglich des in Lausanne abgeschlossenen Vertrags, Deutschlands Reparationszahlungen herunterzusetzen, zu Rate gezogen worden wären.

Mittlerweile setzten die hiesigen Geschäftsträger Italiens und Belgiens das britische Auswärtige Amt davon in Kenntnis, daß ihre Regierungen der Idee des britisch-französischen Paktes zustimmen und ihm beizutreten gedenken.

Wodkamangel in Moskau.

Moskau. — Moskau leidet augenblicklich an einem Feuchtigkeitsmangel, der von den hiesigen Bewohnern schwerer empfunden wird als eine Dürre von den Bauern. Der Wodka-Vorrat ging nämlich zu Ende. Man glaubt, daß Transportschwierigkeiten dafür verantwortlich sind. Als Folge des Mangels an Wodka erfolgte ein Ansturm auf die Weinläden, deren Vorrat jedoch dem plötzlichen Bedarf nicht lange standhielt.

Geheimabkommen von Lausanne enthüllt

Von Vertretern Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens unterzeichnet.

Paris. — Das französische Auswärtige Amt gab den Wortlaut des sogenannten „Gentlemen's"-Abkommen von Lausanne bekannt. Es lautet wie folgt:

„Das Lausanner Abkommen wird nicht definitiv in Kraft treten, bis die Ratifizierungen, wie sie in diesen Abmachungen vorgesehen sind, vorgenommen worden sind. Hinsichtlich der Regierungen der Gläubigernationen, in deren Namen diese Verbalnote gezeichnet wurde, ist zu verstehen, daß diese Ratifizierungen nicht erfolgen werden, ehe eine zufriedenstellende Lösung zwischen ihnen und ihren Gläubigern zustande gekommen ist.

„Es steht ihnen vollständige Freiheit zu, ihre Lage ihren resp. Parlamenten zu erklären, doch kein bestimmter Hinweis auf diese Abmachung wird im Text des Abkommens mit Deutschland erscheinen.

„Sollte eine zufriedenstellende Regelung ihrer eigenen Schulden erzielt werden, werden die Regierungen der oben angeführten Gläubigernationen zu den Ratifizierungen schreiten und der Pakt mit Deutschland wird dann rechtskräftig werden.

„Sollte aber andererseits eine Regelung der aufgeführten Frage nicht erlangt werden, wird der Pakt mit Deutschland nicht ratifiziert werden.

„Eine neue Situation würde dadurch geschaffen werden und die interessierten Regierungen hätten sich dann zu einigen, was nun zu geschehen habe.

„In einer solchen Eventualität würde die legale Position aller interessierten Nationen die sein, die vor dem Hoover-Moratorium bestanden hat.

„Die deutsche Regierung wird von dieser Abmachung unterrichtet werden."

Das Dokument trägt die Initialen der Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens und ist „Lausanne, den 2. Juli," datiert.

Kesselexplosion auf dem Spree-Dampfer.

Berlin. — Bei der Explosion eines Dampfkessels eines Spreedampfer wurden 18 Personen, unter ihnen 8 Frauen, schwer verbrüht. Vier derselben starben bald darauf und von den übrigen befinden sich die meisten in kritischem Zustande.

Wetterkatastrophe in Südbayern.

München. — Wolkenbrüche, welche in letzter Zeit das bayerische Allgäu heimgesucht, haben die Wertach, einen Nebenfluß des Lech, zu ungeheurer Höhe anschwellen lassen. Ganz Göggingen ist überflutet, und die dortigen Zwirnfabriken mußten den Betrieb einstellen, da das Flutwasser in die Kesselräume eindrang. Kähne mußten herangezogen werden, um die Bewohner aus ihren von Wogen umspülten Behausungen zu retten und in Sicherheit zu bringen.

Auch in dem weiter oben an der Wertach gelegenen Kaufbeuren waren die Textilwarenfabriken gezwungen, den Betrieb einzustellen. Viel Vieh ist ertrunken, und die Kadaver treiben zu Dutzenden die Wertach hinab. Das Kraftwerk in der Nähe der sogenannten Hammerschmiede außerhalb Kaufbeurens war zum Schließen gezwungen, und die gewerbreiche Stadt ist nun ohne Licht und ohne Betriebsstrom. Bis hinauf nach Sonthofen hat das Unwetter gehaust, und viele Orte des Allgäus stehen unter Wasser.

Revolution in Brasilien ausgebrochen

Aufstandsbewegung hat die Staaten Sao Paulo, Rio Grande do Sul und Minas Geraes erfaßt.

Sao Paulo, Brasilien. — Nach dem Zusammenbruch der Autorität der brasilianischen Bundesbehörden im Staate Sao Paulo stellte es sich heraus, daß die Revolutionäre, die sich dort zum Aufstand erhoben haben, nicht die Provinz von Brasilien loszutrennen, sondern die Macht im ganzen Lande an sich zu reißen gedenken. Pedro de Toledor, der sein Amt als Gouverneur der Provinz niedergelegt hat, um an die Spitze der revolutionären Regierung zu treten, gab den Anschluß der brasilianischen Provinzen Rio Grande do Sul und Minas Geraes an die Revolutionsbewegung bekannt, deren einziger Zweck, sagte er, sei, in Brasilien verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen. Der Kampf gegen die bisherige Landesregierung wird mittlerweile fortgesetzt. Die Vorhut der Revolutionstruppen hat, wie aus ihrem Hauptquartier verlautet, die Munitionsfabrik in Plouette, die 120 Meilen nordöstlich von Sao Paulo, mittwegs auf dem Wege nach Rio de Janeiro, liegt, in Besitz genommen.

Um die Bevölkerung Brasiliens mit den Zwecken und Zielen der Revolution vertraut zu machen, wurden Flugzeuge aus Sao Paulo nach Rio de Janeiro abgeschickt; sie werfen dort Zeitungen und Flugschriften ab. Von der „Fuerza Publica", der Miliz des Staates Sao Paulo, wurde eine Mitteilung ausgegeben, in der es heißt:

„Die Revolution für die Verfassung ist von vollständigem Erfolg gekrönt. Die Staaten Matto Grosso, Parana, Santa Catarina, Rio Grande do Sul und Minas Geraes haben ihren Anschluß erklärt. 30,000 wohl ausgerüstete Männer stehen zum Kampfe bereit."

Die Revolutionäre erklärten in dem Aufruf weiter, an dem Aufstand seien fast ausschließlich Zivilisten beteiligt, aber er habe von Anbeginn solche große Stärke gezeigt, daß das Herr mit der Miliz gemeinschaftliche Sache gemacht habe. Alle waffenfähigen Männer und Jünglinge seien zum Kampf ausgerüstet und in Feldlager gebracht, und die Drahtleitungen nach Rio de Janeiro seien unverzüglich durchschnitten worden.

Baseballspieler tödlich verunglückt.

Bismarck, N. D., 14. Juli — Balzer Klein, ein Spieler der hiesige Baseballmannschaft, starb soeben an einem Schädelbruch, den er sich zugezogen hatte, als ein Ball gegen seinen Kopf flog. Er verlor sofort sein Bewußtsein. Der Unfall ereignete sich in Wilton am gestrigen Abend.

Das Ableben des Sportlers erfolgte in einem hiesigen Hospital, ohne daß Klein das Bewußtsein wieder erlangt hatte.

Canadisch-amerikanischer St. Lorenz-Vertrag

Anschluß der großen Seen an den Ozeanverkehr.

Washington. — Die amerikanische und die canadische Regierung haben sich auf einen Vertrag geeinigt, nach dem der St. Lorenz-Schiffskanal gebaut werden wird. Gleichlautende Erklärungen, daß die Verhandlungen zum Abschluß gelangt seien, wurden im Weißen Hause und in Ottawa vom canadischen Premier erlassen. Hier erwartet man, daß der Vertrag in ein oder zwei Wochen unterzeichnet werden wird. Nach der Unterzeichnung wird die Bundesregierung einen Vertrag mit dem Staate New York abschließen, der die Verteilung des gewonnenen Stroms übernimmt, den Teilen an New York und Ontario einen ähnlichen Vertrag abschließen.

Der Bau des Kanals bedeutet, daß alle Häfen an den großen Seen dem Ozeanverkehr erschlossen werden. Die Baukosten dürften $800,000,000 betragen. Der Bau wird sieben bis acht Jahre dauern. Die ersten Vermessungen wurden vor elf Jahren vorgenommen. Der eigentliche Kanal wird 33 Meilen, die Fahrrinne im Strom 108 Meilen und die im See 40.5 Meilen lang sein. Es werden neun Schleusen gebaut werden. Ob zwei oder nur ein Damm gebaut werden soll, ist nicht bekannt. Man erwartet, daß die Stauwerke 2,000,000 Pferdekräfte liefern werden, die zu gleichen Teilen an New Yorkk und Ontario fallen sollen.